

PRO/EA/stb

P. B. 15.21.40. (7).

VERTRAULICH

G E S P R A E C H S N O T I Z

Besuch des Staatssekretärs im
ungarischen Aussenministerium,
Janos NAGY, bei Staatssekretär
Raymond PROBST in Bern,
15. bis 17. Oktober 1981

Inhaltsverzeichnis und Beilagen

	<u>Seite</u>
Teilnehmer	2
Programm	3
Begrüssung und Einleitung	4
A. Internationale Probleme	5
1. Atomwaffen in Europa	5
2. Mittlerer Osten	7
3. Polen	9
4. Namibia	11
5. Afghanistan	12
B. Bilaterale Fragen	13
1. Gegenseitige Besuche	13
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten	13
3. Landwirtschaftliche Zusammen- arbeit	15
4. Wissenschaftliche und kultu- relle Zusammenarbeit	15
5. Rechtshilfeabkommen	16
6. Konsularabkommen	16
7. Ungarische Diaspora	17
8. Familienzusammenführungsfälle	18
9. Transport und Kommunikation	18
10. Gesundheitswesen	18
11. Zusatzprotokolle zu den Genfer-Konventionen	19



Beilagen

Beilage 1	Besucherliste
Beilage 2	Liste der Verträge zwischen der Schweiz und Ungarn
Beilage 3	Gesprächsunterlagen zum Problem "Rechtshilfeabkommen"
Beilage 4	"Non paper" Familienzusammenführungsfälle
Beilage 5	Gesprächsunterlage zu den "Zusatzprotokollen"
Beilage 6	Aide-mémoire Ratifizierung der Zusatzprotokolle

Teilnehmer

Schweiz:	Staatssekretär R. Probst Botschafter J.-P. Ritter Botschafter E. Brunner (nur KSZE) H.P. Erismann (Aufzeichnung) P. Jaccard (nur KSZE) Frl. A. Bauty
Ungarn:	Staatssekretär Janos Nagy Botschafter György Zagor (Bern) Frau Gisela Papp, Vorsteherin der Abteilung für internationale Sicherheitsfragen, Verantwortliche für KSZE-Belange Frau Edit Konrad, Botschaftsrätin, Bern

Programm

Donnerstag, 15. Oktober 1981, 15.00 - 18.00 h:

Internationale Probleme

Freitag, 16. Oktober 1981, 10.00 - 12.00 h:

Bilaterale Beziehungen

Freitag, 16. Oktober 1981, 15.30 - 17.00 h:

KSZE

Samstag, 17. Oktober 1981, 10.00 - 23.00 h:

Informelle Gespräche bei gemeinsamem Ausflug

Begrüssung und Einleitung

- Probst Heisst die Gäste willkommen und untermauert das Bestehen guter bilateraler Beziehungen mit der Aufzählung der gegenseitigen offiziellen Besuche seit Januar 1977 (siehe Beilage 1). Bundesrat Honegger bedauert, seinen für diesen Herbst vorgesehenen Besuch in Ungarn, gleich wie jenen in Japan, wegen Arbeitsüberlastung nicht verwirklichen zu können. Eine neue Reise nach Ungarn könnte, da 1982 für Herrn Honegger Präsidentschaftsjahr ist, nicht vor 1983 stattfinden.
- Nagy Verdankt die Begrüssung. Der Umstand, dass die Schweiz und Ungarn verschiedenen Gesellschaftssystemen angehören, vermöge die traditionell guten bilateralen Beziehungen nicht zu beeinträchtigen. Leider sei aber auf internationaler Ebene zur Zeit nicht alles zum Besten bestellt. In Ost wie in West fühlen sich momentan viele Leute durch den Gang der Dinge bedroht. Sie wissen, dass es heute möglich wäre, die Menschheit zu vernichten. Für den Westen sei dieses Gefühl allerdings s.E. unbegründet, da seitens der WAPA-Staaten keine Absicht bestehe, die andere Seite zu gefährden. Für die Bannung möglicher Risiken bedürfe es indessen einer umfassenden SALT-Regelung. Es ist bedauerlich, dass den SALT II-Abmachungen noch keine Rechtswirkung zukommt.

A) Internationale Probleme1. Atomwaffen in Europa

Nagy

Hier liegt unser Problem Nummer 1. Das Wettrüsten muss gestoppt werden. Dazu gibt es nur einen Weg: verhandeln. Wir wollen eine ausgeglichene gegenseitige Sicherheit. Daher begrüßen wir es, dass am kommenden 30. November in Genf die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen wieder aufgenommen und anfangs 1982 auch die Gespräche Haig-Gromyko, ebenfalls in Genf, fortgesetzt werden. Wir geben uns jedoch keinen Illusionen über einen baldigen erfolgreichen Abschluss dieser Besprechungen hin; denn wir wissen, wie schwierig sie sich gestalten werden.

Innerhalb der WAPA-Staaten wird diese Problematik zur Zeit geprüft. Auch wenn man nicht überoptimistisch sein sollte, herrscht doch die Ansicht vor, dass der Tiefstpunkt überwunden sein dürfte. Allerdings sei man sich noch nicht im klaren, inwiefern von den USA ein ehrliches Entgegenkommen in diesen Fragen erwartet werden könne.

Um so mehr sei es von Bedeutung, die bilateralen Beziehungen auszubauen und zu verbessern; denn nur auf einem solchen Fundament könnten auch die internationalen Beziehungen neu gestaltet werden. Dies gelte nicht nur für kleine Staaten, sondern ebenso sehr für die USA und die Sowjetunion.

Probst

Wir sind mit Ihnen einig, dass die heutige weltpolitische Lage verbessert und die Situation ganz allgemein entschärft werden muss. Dazu braucht es aber Zeit. Um so wichtiger wird es sein, dass hinter dem Rauchs Schleier der hüben und drüben grassierenden Propaganda, die nicht überbewertet werden sollte, möglichst bald ernsthafte Gespräche aufgenommen werden. Die USA und die UdSSR sollten aus wohlverstandem Interesse beide bestrebt sein, einen Krieg zu vermeiden. In Washington geht man offenbar davon aus, dass gegenwärtig zulasten der

USA ein militärisches Ungleichgewicht besteht. Amerika würde es vorziehen, sich erst aus einer wiedergewonnenen Position des Gleichgewichts heraus an den Verhandlungstisch zu setzen. Doch scheint die Ueberzeugung an Boden zu gewinnen, dass man in Anbetracht der Lage schon jetzt damit beginnen sollte. Dabei wäre es natürlich der Sache dienlich, wenn die UdSSR die Produktion der SS-20 einstellen würde. Es braucht auf diesem heiklen Gebiet viel Weisheit seitens der beiden Supermächte. Auch ein anfänglich begrenzter nuklearer Krieg könnte einen Weltkrieg auslösen.

Nagy

Man sagt heute, dass das Vietnam-Trauma der USA der Vergangenheit angehöre. Ich bin der Ansicht, dass es untergründig weiterschwelt. Aus diesem Grunde glauben die USA, sich heute stark zeigen zu müssen. Das sollten sie aber nicht übertreiben, denn es führt zu nichts. Präsident Reagan will sich aus einer Position der Stärke heraus an den Verhandlungstisch setzen. Er bedingt sich das Recht auf eine Sicherheitsmarge (margin of safety) aus. Wer gibt denn den Amerikanern das Recht, diese Marge für sich in Anspruch zu nehmen? Für die andere Seite ist es schwierig, in einer solchen Lage zu verhandeln.

Die SS-20 wurden - so versichert man uns - von Moskau nur erstellt, um die NATO-Kräfte auszugleichen. Die neu dazukommenden SS-20 werden den Ausgleich für die Pershing- und Cruise-Missiles darstellen. Das Wettrüsten mit diesen Waffen ist deshalb so gefährlich, weil ein lokaler Nuklearkrieg nicht denkbar wäre; er würde sich sofort in einen generellen Krieg verwandeln. Die Neutronenbombe, die ja für den Krieg in Europa konzipiert wurde, ist aus den erwähnten Gründen ebenfalls abzulehnen. "Wir können uns nicht damit abfinden, dass Europa dem Untergang geweiht sein soll." Leider ist es eine Tatsache, dass jede der beiden Supermächte stets bestrebt sein wird, den eigenen vermeintlichen Rüstungsrückstand aufzuholen.

Probst Zum Hinweis auf die amerikanische "Sicherheitsmarge" ist zu bemerken, dass wohl beide Supermächte glauben, eine gewisse Mission erfüllen zu müssen. Es liegt zudem in der Natur der Dinge, dass man nicht nur Rückstände aufholen will, sondern die beim anderen entdeckten neuen Waffen ebenfalls dem eigenen Arsenal einzuverleiben bestrebt ist.

2. Mittlerer Osten

- Nagy
- Ungarn hat das Camp David-Abkommen von Anfang an kritisiert, weil es die Palästinenserfrage ausklammert. Ohne deren Lösung kann es im Mittleren Osten zu keiner dauerhaften Regelung kommen. Wenn wir uns dieser Frage annehmen, heisst das aber nicht, dass wir je extremistische Gruppen und ihre Methoden unterstützt hätten oder unterstützen würden.
 - Hinsichtlich der Ereignisse im Iran begrüssen wir es, dass sich dort keine fremden Mächte mehr einmischen.
 - Den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak betrachten wir als sinnlos. Bemühungen, die beiden Parteien zur Vernunft zu bringen, sind leider bis heute erfolglos geblieben.
 - Die Isolierung Aegyptens innerhalb des arabischen Lagers kam an den Begräbnisfeierlichkeiten für Sadat deutlich zum Ausdruck: nur der Sudan und Oman waren vertreten. (Anmerkung: gemäss ägyptischer Quelle waren auch Vertreter Marokkos und Somalias anwesend.) Die Amerikaner benützen nun Sadats Tod als Vorwand, um ihre militärische Präsenz im Mittelostraum zu erhöhen. Derartige Aktivitäten sehen wir nicht gerne, denn sie erzeugen höchstens einen Gegendruck. Die USA sollten Aegypten alleine machen lassen.
 - Saudi-Arabien dürfte es ebenfalls sehr schwerfallen, das Camp David-Abkommen zu unterstützen.

Im allgemeinen lässt sich die Lage im Mittleren Osten kaum optimistisch beurteilen. Man stelle sich beispielsweise vor,

was geschähe, wenn zwischen Israel und Syrien ein neuer Krieg ausbräche. Dieser könnte sich sehr wohl auf die USA und die UdSSR ausdehnen. Eine Lösung der Mittelostprobleme muss also gefunden werden. Das ist für den Weltfrieden ganz allgemein und für Europa im besonderen von grosser Bedeutung.

- Probst
- Was sich im Mittleren Osten und ums Mittelmeer herum abspielt, hat für Europa in der Tat weitreichende Tragweite. Dazu gehört auch das Camp David-Abkommen. Wir halten es für nützlich, weil es einen Beginn darstellt und den Grundstein für weitere Entwicklungen gelegt hat. Im Sinne dieser weiteren Entwicklungen haben wir kürzlich auch Faruk Kaddumi, der innerhalb der PLO für deren Aussenbeziehungen verantwortlich ist, in Bern empfangen, ohne dass dies eine Anerkennung der Organisation bedeutet. (Hinweise auf den Inhalt des Gesprächs und unsere grundsätzliche Haltung zum Mittelostproblem.) Wir hoffen, dass die Gespräche Haig-Gromyko ~~auch~~ ihrerseits den Weg zu einer solchen Weiterentwicklung öffnen werden. Denn wer über Europa spricht, kann nicht anders, als auch den Mittleren Osten mit einzubeziehen.
 - Dass die Lage im Mittleren Osten einer Verbesserung bedarf, ist klar. Die Vorgänge im Iran und dessen Krieg mit dem Irak illustrieren dies deutlich.
 - Aber auch in Aegypten ist mit dem Attentat auf Sadat leider ein Element vermehrter Unsicherheit geschaffen worden.
 - Und schliesslich wirkt Ghaddafi in Libyen immer stärker als destabilisierender Faktor. Fährt er damit fort, so riskiert er ~~damit~~ lediglich ein noch grösseres Engagement der Amerikaner im Raum um das Mittelmeer. Dessen sollte sich auch Moskau bewusst sein. Einem Uebergreif Libyens beispielsweise in den Sudan würden die USA wohl kaum tatenlos zusehen.
 - Für Saudi-Arabien schliesslich kann man nur hoffen, dass es seine Rolle ohne merkliche Destabilisierung weiterspielen kann.

Nagy Hinsichtlich Libyens wäre beizufügen, dass die ganze Region tatsächlich recht verschiedenartige Führer hervorgebracht hat! Ungarn selbst unterhält gute Beziehungen zu Libyen. Erst kürzlich wurde Ghaddafi zu einem Besuch in Budapest empfangen. Dabei konnte festgestellt werden, dass er gegenüber früher doch bedeutend weiser geworden ist. Wir hoffen, dass diese Reifung auch in Zukunft anhalten möge. (Anmerkung: Gewisse Einflussversuche seitens der WAPA-Staaten auf Ghaddafi sind wohl nicht auszuschliessen?) Dasselbe wäre aber auch für Israels Ministerpräsidenten Menahem Begin zu erhoffen.

3. Polen

Probst Wir empfinden für die polnische Nation und auch für das Ideengut der Gewerkschaft Solidarnosc beträchtliche Sympathie. Solidarnosc ist eine Bewegung, die aus tiefer Unzufriedenheit mit einem System entstanden ist, das sich in Polen nicht bewährt hat. Es schmerzt uns zu sehen, in welcher tragischer Verstrickung Polen sich heute befindet. Wir haben schon verschiedene Hilfsmassnahmen, z.B. im Nahrungsmittelbereich, ergriffen und nehmen an den internationalen Unterstützungsbemühungen im finanziellen Sektor zugunsten Polens teil. Man kann nur hoffen, dass es mit derartigen Ueberbrückungsmassnahmen aus Ost und West den Polen schliesslich gelingen wird, ihre Probleme selbst zu meistern. An einem Zusammenbruch Polens könnte niemand ein Interesse haben.

Nagy Die Freundschaft zwischen Ungarn und Polen dürfte leicht zweibis dreimal so tief gehen wie jene zwischen der Schweiz und Polen. Darum versuchen wir auch, Verständnis für die Lage in Polen aufzubringen. Wir befürchten keine Auswirkungen der Vorgänge in Polen auf Ungarn. Doch sind wir entsetzt, wenn gewisse Kreise in Polen raten, dort das ungarische Muster zu übernehmen. Wir sind wir selbst, und die anderen müssen sich aus eigener

Kraft auf ihre Weise finden. (Anmerkung: Eine gewisse Furcht, dass Moskau infolge der Vorgänge in Polen die Schraube auch in Ungarn anziehen könnte, ist aus Nagys Ausführungen, auch wenn es nicht offen gesagt wird, doch herauszuspüren.)

Wenn Vietnam für die USA ein Trauma darstellt, dann bedeute die Jahrhunderte andauernde Unterdrückung durch fremde Mächte für Polen erst recht eine tiefe seelische Wunde. Man kann also verstehen, dass die Polen nun endlich mit anderen Nationen gleichziehen und aufholen wollen. Leider besteht aber ein Unterschied zwischen Träumen und Realität. Frühere polnische Führer hätten diesen Unterschied ~~leider~~ nicht deutlich genug erkannt. Es wurde viel zu stark und zu schnell industrialisiert und die Landwirtschaft daneben in mancher Weise vernachlässigt. Polen, das ein blühendes Agrarland sein könnte und zudem reich an Bodenschätzen ist (Kohle, Kupfer, Schwefel etc.), habe es nicht verstanden, seinen Reichtum zu nutzen.

Aus dieser Lage heraus hat sich nun die Solidarnosc gebildet, die jedoch die Tendenz erkennen lässt, sich von einer Gewerkschaft in eine politische Organisation umzuwandeln. Das gibt Anlass zu Beunruhigung, insbesondere auch dann, wenn extreme Elemente die Oberhand gewinnen sollten. Es erscheint ausgeschlossen, dass die polnische Regierung ohne das Ergreifen energischer administrativer Massnahmen auskommen wird. Sie wird zu Mitteln greifen müssen, wie sie die französische Regierung beispielsweise unlängst zur Beilegung des Fischereikonfliktes vor der französischen Küste anwandte. Allerdings wäre zu hoffen, dass der Westen parallele Aktionen der polnischen Ordnungskräfte dann auch gleich wie jene der französischen Behörden taxiere und sich nicht bei Polen über Dinge entsetze, denen man in bezug auf Frankreich mit Verständnis zuschaue.

Zu Solidarnosc wäre noch festzuhalten, dass es in den sozia-

listischen Staaten nicht ein Dogma sei, nur über eine Gewerkschaft pro Land zu verfügen. Allerdings müssten Gewerkschaften auch Gewerkschaftscharakter haben, und sie dürften sich nicht als politische Gruppierung etablieren. Gewerkschaften, die nur noch den Streik als einziges Kampfmittel kennen, müssten dementsprechend auch mit Gegenmassnahmen der Regierung rechnen. Es werde ohne Verantwortungsgefühl gehandelt, was nicht dazu beitrage, die wirtschaftliche Notlage zu lindern oder die politische Stabilität zurückzugewinnen.

4. Namibia

- Probst Seit dem Amtsantritt Präsident Reagans hat sich die Situation merklich gewandelt. Die USA wollen die anstehenden Verhandlungen gemäss ihren eigenen Vorstellungen führen, wobei ihres Erachtens auch die unerwünschte kubanische Präsenz mit einzu beziehen wäre.
- Ritter Dabei möchten die USA zwei Dinge berücksichtigen:
- a) Es darf keine gegen Südafrika gerichtete Lösung geben.
 - b) Es sollte eine Regelung unter Einbezug der Probleme zwischen Südafrika, Namibia und Angola angestrebt werden (linkage). Nur eine generelle Ordnung für dieses gesamte Gebiet werde in den Augen Washingtons Bestand haben.
- Nagy Wenn dies das Ziel sein soll, wird es noch lange keine Lösung geben. Die Stationierung kubanischer Truppen in Angola sei eine bilaterale angolansich-kubanische Angelegenheit. Die USA seien schliesslich im Mittleren Osten ebenfalls militärisch präsent. Wer gebe den USA überhaupt das Recht, im südlichen Afrika eine Lösung nach ihrem Willen anzustreben?
- Probst gibt zu bedenken, ob die Angelegenheit im Grunde nicht auf ein amerikanisch-sowjetisches Problem hinausläuft. Man könne

sich auch fragen, weshalb die SWAPO die einzige Gruppierung sein soll, die als Vertreterin der lokalen Interessen akzeptiert werden müsse.

Nagy Die Antwort zu dieser Frage sollten die Afrikaner selbst am besten kennen.

Ritter Die Kubaner sollen schon ein paarmal versucht haben, sich aus Angola zurückzuziehen. Die Regierung in Luanda habe sich jedoch stets widersetzt, wohl in der Befürchtung, dann gegen Kräfte anderer Organisationen nicht mehr aufkommen zu können.

Nagy Alles sähe heute anders aus, wenn die Namibia-Frage schon gelöst wäre, wenn also Angola und Südafrika bereits durch einen dritten Staat getrennt wären.

5. Afghanistan

Probst Die sowjetische militärische Intervention in Afghanistan war der erste derartige Vorstoss Moskaus ausserhalb seiner stillschweigend geduldeten Einfluss-Sphäre. Dieses Ereignis wurde nicht nur vom Westen, sondern auch von der islamischen Welt und zahlreichen anderen Drittwelt-Staaten negativ registriert und kritisiert. Die Auswirkungen des Schrittes auf diese Länder könnten von der Sowjetunion nicht verharmlost werden. Man kann sich fragen, ob Moskau, wenn es neu entscheiden könnte, heute nicht anders handeln würde.

Nagy Die Stellungnahme und die Antworten der Sowjetunion zu diesem Problem sind Ihnen bekannt. Sie würde auch heute wieder gleich vorgehen. Beim damals getroffenen Entscheid wurde alles mit einkalkuliert. Vor allem dürfe in diesem Zusammenhang nicht ausser acht gelassen werden, dass der zunehmende Einfluss Chinas, namentlich auch in jener Weltgegend, ein massgeblicher Faktor im sowjetischen Kalkül gewesen sei.

Leider sei in dieser Region mit keiner baldigen Beruhigung zu rechnen. Dafür sorgten schon alleine die zwei Millionen afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. Solange von dort her eine Gefahr drohe, werde die UdSSR ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückziehen. Nach ungarischer Ansicht sollten die anderen Staaten, so auch die Schweiz, den Dialog mit der Regierung in Kabul wieder aufnehmen.

Probst Wir haben die diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan nie abgebrochen.

B) Bilaterale Beziehungen

1. Gegenseitige Besuche

Beiderseits wird festgestellt, dass man mit dem Stand der Beziehungen durchaus zufrieden sein könne. Davon legen auch die zahlreichen gegenseitigen Besuche und die bilateralen Abkommen (Beilage 2) beredtes Zeugnis ab.

Ungarn hofft auf den Besuch Bundesrat Honeggers im Jahre 1983 (1982 ist Präsidentschaftsjahr) und zeigt Verständnis dafür, dass die Reise 1981 nicht wie vorgesehen stattfinden konnte.

Probst akzeptiert im Prinzip eine an ihn gerichtete Einladung zu einem Gegenbesuch in Budapest, ohne dass schon ein Datum festgelegt wird.

2. Wirtschaftliche Angelegenheiten

Nagy Die wirtschaftlichen Angelegenheiten spielen in den bilateralen Beziehungen eine grosse Rolle. Dies gilt insbesondere auch gegenüber der Schweiz, stellt sie doch für uns den dritt-wichtigsten westlichen Handelspartner dar.

Die Handelsbilanz mit der Schweiz ist für uns zwar stets negativ, doch ist es für uns kein Dogma, den Austausch immer ausgleichen zu wollen. Natürlich sind wir an vermehrten Exporten sehr interessiert; am meisten ist uns jedoch an der Dynamik der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen gelegen. Doch sind diese nicht nur von den Partnern selbst, sondern vermehrt auch von exogenen Faktoren abhängig.

Die Beziehungen zwischen ungarischen und schweizerischen Firmen scheinen sich gut zu entwickeln. Gemäss ungarischen Unterlagen bestehen zur Zeit 102 schweizerisch-ungarische Joint Ventures. Wir würden einen Ausbau dieser Form von Beziehungen begrüßen und möchten festhalten, dass die legale Basis für derartige Abkommen in Ungarn solid und fest verankert ist.

Ungarn ist auch sehr an Kontakten mit mittelgrossen und kleineren Schweizerfirmen interessiert, hat man doch festgestellt, dass grosse Unternehmen sehr schwerfällig und wenig flexibel vorgehen.

Probst

Für die Schweiz ist Ungarn ebenfalls der drittwichtigste Handelspartner innerhalb der sozialistischen Staaten. Unser Land ist generell daran gewöhnt, meist mit einer negativen Handelsbilanz zu leben, auch wenn jene mit Ungarn bisher regelmässig positiv ausfiel. Die Gesamtheit der Bilanzen pflegt sich gegenseitig zu kompensieren. Wie Ungarn, legt indessen auch die Schweiz auf die Dynamik der gegenseitigen Beziehungen besonderen Wert.

Auch wir möchten die Auslandstätigkeit von kleinen und mittelgrossen Firmen fördern. Diese sind in der Tat oft viel flexibler, passen sich rascher wechselnden binnen- und weltwirtschaftlichen Situationen an und verfügen - was die Schweiz anbelangt - über einen bemerkenswerten Know-how auf ihrem

jeweiligen Spezialgebiet.

Der ungarische Wunsch, mit der Schweiz ein Freihandelsabkommen abzuschliessen, wie dies Ungarn mit Finnland getan hat, ist uns bekannt. Die Verschiedenartigkeit der beidseitigen wirtschaftlichen Systeme stellt dem aber trotz der ungarischen Wirtschaftsreform weiterhin kaum überwindbare Hindernisse entgegen. Das ungarische Zollhandicap fällt überdies wenig ins Gewicht, wenn man bedenkt, dass die Schweiz unter Industrieländern die niedrigsten Einfuhrzölle aufweist.

Die ganze Materie gehört überdies in den Kompetenzbereich des Bundesamtes für Aussenwirtschaft. Deren Erörterung kann der durch das Wirtschaftsabkommen von 1973 geschaffenen Gemischten Kommission überlassen werden, die demnächst (vom 23. bis 26. November 1981) tagen soll.

3. Landwirtschaftliche Zusammenarbeit

Nagy Die ungarische Landwirtschaft darf sich heute sehen lassen. Dennoch ist noch einiges zu tun. Wir sind deshalb an einem Ausbau der Beziehungen auf diesem Gebiet und insbesondere in dem damit eng verbundenen Sektor der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu modernen Nahrungsmitteln sehr interessiert.

Probst Wir bieten zu einer solchen Zusammenarbeit gewiss gern unsere Hilfe an und sind überzeugt, dass die Experten auf diesem Gebiet in direkten Kontakten die notwendigen Mittel zu einer Zusammenarbeit finden werden.

4. Wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Nagy Wir haben uns hier nicht zu beklagen, wären aber doch erfreut, wenn vereinbart werden könnte, dass die ungarische Literatur

etwas mehr Eingang in andere Sprachgebiete findet.

Probst Bekanntlich schliesst die Schweiz keine Kulturabkommen ab. Probleme müssen einzeln und in pragmatischer Weise angegangen und gelöst werden. Die Stiftung Pro Helvetia ist zu diesem Zweck unsere massgebende Stelle.

5. Rechtshilfeabkommen

Nagy Nachdem der Auslieferungsvertrag vom 10. März 1896 zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn den heutigen Bedürfnissen nicht mehr angepasst ist, wären wir am Abschluss eines umfassenderen Rechtshilfeabkommens interessiert. Es wäre erwünscht, wenn sich entsprechende Delegationen der beiden Länder treffen würden.

Probst Aeussert sich zu diesem Problem ausführlich gemäss Beilage Nr. 3.

6. Konsularabkommen

Nagy Wir sind uns bewusst, dass die Schweiz keine Konsularabkommen schliesst. Trotzdem würden wir es als nützlich erachten, wenn wenigstens eine Art von Gentlemen's Agreement getroffen werden könnte, um eine Basis zur Regelung der Probleme zu finden, die sich bei Haftfällen, Strassenverkehrsunfällen etc. ergeben. Ein Austausch entsprechender Aide-mémoires würde genügen. Schweizerischerseits sollte man nicht vergessen, dass Ungarn die Wiener Konvention über konsularischen Schutz nicht unterzeichnet hat und natürlich auch dann nicht gehalten ist, deren Bestimmungen zu befolgen, ~~auch~~ wenn dies die Schweiz Ungarn gegenüber unilateral tut. Mit Kanada haben wir eine solche Lösung gefunden, und wir sind gerne bereit, der Schweiz die entsprechenden Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Probst Wir betrachten die Wiener Konvention, die zu einem guten Teil schon bestehendes Gewohnheitsrecht kodifizierte, als für uns massgeblich und beabsichtigen nicht, daneben separate Konsularabkommen abzuschliessen. Diese Haltung haben wir auch gegenüber Staaten eingenommen, die der Wiener Konvention ferngeblieben sind. Das soll uns nicht hindern, die Unterlagen der ungarisch-kanadischen Regelung ad referendum entgegenzunehmen.

7. Ungarische Diaspora

Nagy Die Bevölkerung Ungarns beträgt heute 10,7 Millionen. Zusätzlich leben rund 5 Millionen Ungarn im Ausland. Davon befinden sich etwa

- 2 bis 3 Millionen in Rumänien
- 700'000 in den USA
- 800'000 im übrigen westlichen Ausland, insbesondere in Kanada
- 1 Million in der CSSR und Jugoslawien

In der Schweiz dürften sich ungefähr 20'000 Ungarn befinden.

Es liegt uns daran, dass wir mit diesen Ungarn gute und normale Beziehungen unterhalten. Wir wollen keine politischen Probleme provozieren und sind deshalb auch im Erteilen von Visa an solche Ungarn, die ihr altes Heimatland besuchen wollen, sehr grosszügig. Auch im umgekehrten Sinne verhindern wir Besuche in Ungarn lebender Staatsangehöriger bei ihren Verwandten im westlichen Ausland nicht.

Mit 98 % sämtlicher im Ausland wohnhafter Ungarn haben wir denn auch absolut keine Probleme. Mit einigen wenigen bestehen aber Schwierigkeiten. Sie tragen oft dazu bei, die Diaspora zu verunsichern. Wir möchten dies verhüten und wären froh, wenn die Schweiz das ihrige dazu beitragen könnte, derartige

negative Erscheinungen zu vermeiden. Die Ungarn in der Schweiz sollten wissen, dass sie sich nicht zu scheuen brauchen, mit ihrem ehemaligen Heimatland und seinen offiziellen Vertretern einen korrekten Kontakt zu pflegen.

Probst Zahlreiche der in der Schweiz lebenden Ungarn dürften heute bereits Schweizerbürger sein. In ihren verständlichen Beziehungen zur alten Heimat gibt es indessen eine delikate Grenze, die es zu beachten gilt. Wir wollen dazu beitragen, dass es auf diesem Gebiet zu keinen Unannehmlichkeiten kommt, hoffen jedoch, dass sich auch das offizielle Ungarn und seine Vertreter in der Schweiz im gleichen Sinne verhalten.

8. Familienzusammenführungsfälle

Probst übergibt eine Liste (Beilage 4) mit drei Familienzusammenführungsfällen. Es handelt sich um rein humanitäre Angelegenheiten, die Ungarn im Geiste der Helsinki-Schlussakte zur positiven Erledigung unterbreitet werden.

Nagy nimmt die Liste entgegen und erklärt, dass es sich hier um einen normalen Prozess handle und die Angelegenheit den zuständigen Stellen zur Bearbeitung übergeben werde.

9. Transport und Kommunikation

Nagy gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich die jeweiligen Minister oder hohen Fachbeamten 1982 zu Konsultationen treffen mögen. Gesprächsthema könnten Ausbaumöglichkeiten der Beziehungen auf dem Post-, Eisenbahn- und Luftverkehrssektor sein.

10. Gesundheitswesen

Nagy Auch hier wären weitere bilaterale Fachgespräche mit dem Ziel des Ausbaus der gegenseitigen Anerkennung pharmazeutischer und anderer Produkte erwünscht.

11. Zusatzprotokolle zu den Genfer-Konventionen

- Probst äussert sich gemäss Beilage 5 und gibt der Hoffnugn Ausdruck, dass Ungarn diese beiden Protokolle bald ratifizieren wird. Es wird dazu ein Aide-mémoire (siehe Beilage 6) übergeben.
- Nagy nimmt das Aide-mémoire dankend entgegen und erwähnt, dass Ungarn in derartigen Fällen üblicherweise mit der Ratifizierung zuwarten, bis tonangebende Länder (des eigenen Lagers) ihrerseits ratifiziert hätten.

C) KSZE

Brunner Notre appréciation de la situation est aujourd'hui plus optimiste qu'au mois de juillet. Si on nous avait demandé à cette époque d'évaluer les chances de succès de la Conférence, nous les aurions estimées à 25 %. Maintenant cette évaluation est montée à 50 %. Nous avons en effet constaté dans tous nos entretiens notamment avec les Français, les Britanniques, les Soviétiques et les Américains qu'il existe une volonté politique de terminer sur un document substantiel et équilibré en décembre. Pourquoi alors 50 % seulement me diriez-vous? Parce que les obstacles qui demeurent, malgré le fait que 75 % du texte soient rédigés, sont encore grands et importants.

Les Américains et les Occidentaux semblent avoir maintenant non seulement accepté l'idée d'une conférence sur la sécurité militaire, mais ils commencent même à y voir des avantages. Il ne faut pas non plus perdre de vue que la Conférence de Madrid est la seule conférence Est-Ouest qui pourrait, dans un délai assez bref, se terminer d'une façon positive. Ce serait là un signal pour les autres conférences (TNF, SALT, MBFR).

Dans le domaine militaire, le dernier problème à résoudre est celui de la zone. Vous en connaissez les données. Nous n'avons pas de solution miracle du côté neutre à ce propos. Il faudrait qu'Américains et Soviétiques discutent de ce problème en tête à tête dès le début de la Conférence de Madrid.

Nous croyons qu'il y aurait un certain nombre de malentendus à dissiper. Si nous recevons des signaux clairs des deux côtés, nous sommes prêts, du côté neutre, à proposer quelque chose. Nous n'avons pas encore une solution miracle, nous le répétons, mais nous avons quelques idées.

Le moment important de la Conférence de Madrid viendra autour du 20 novembre. Et c'est à ce moment-là que nous devons porter nos efforts pour trouver un texte acceptable à tous. Nous mesurons nos responsabilités et c'est pourquoi il faut être prudent. Il ne s'agit pas de préparer l'avant-dernier compromis qui par définition échoue, mais la solution finale sur laquelle tout le monde, et nous-mêmes aussi, pourra tomber d'accord.

Les autres difficultés à la Conférence se résument en une formule: droits de l'homme. En effet, à côté d'un accord dans le domaine militaire, les pays occidentaux et neutres doivent encore obtenir certains résultats précis en matière de droits de l'homme et d'information. Il faut d'abord que le texte de Madrid aille dans ce domaine au-delà de l'Acte final d'Helsinki. Il faut ensuite une réunion d'experts, un séminaire ou un symposium - appelons-le comme nous voulons - sur les droits de l'homme, qui devrait être agendé pour après Madrid. Enfin, des gestes que j'appellerais collatéraux devraient être faits autour de la réunion de Madrid dans le domaine humanitaire par certains pays de l'Est. De tels gestes, qui ne seraient pas liés directement à la négociation, devraient toutefois faire partie du "package deal".

- 21 -

Les N+N estiment de surcroît nécessaire d'assurer la continuité du processus de la CSCE auquel ils sont particulièrement attachés. Dès lors ils souhaitent introduire un élément de périodicité au niveau du follow-up, afin d'éviter que ce dernier, si on le fait dépendre de quelque chose, soit chaque fois remis en question. Ce qui se passe maintenant à Madrid ne devrait plus se produire à l'avenir.

La clé de la solution se trouve dans la simultanéité. Il s'agira de présenter le paquet concernant à la fois la zone, les droits de l'homme et le follow-up dans un paquet équilibré, et nous nous rendons compte que ce paquet peut seulement être présenté par nos pays. En tout cas, soyez certains de notre volonté politique d'aboutir. Nous espérons pouvoir compter également sur votre appui.

Nagy

Les informations que vous venez de nous donner sont très importantes et utiles. Nous sommes d'accord avec votre appréciation de la situation et pensons également que les chances d'aboutir à un résultat substantiel et équilibré en décembre sont plus grandes aujourd'hui qu'auparavant.

Dans le domaine militaire, toute notre attention doit maintenant se porter sur le problème de la zone. La proposition soviétique d'accepter l'extension du champ d'application des mesures de confiance jusqu'à l'Oural est assortie d'une demande de concession identique à l'Ouest aux Occidentaux. Elle est restée suffisamment vague et imprécise afin de laisser une certaine possibilité de manoeuvre aux négociateurs et d'éviter un rejet immédiat par l'OTAN. Pour l'instant, ni la formulation des N+N ni celle des Occidentaux, présentée fin juillet à Madrid comme une solution de compromis, ne sont susceptibles de mener à un accord sur cette question. Il est nécessaire de trouver une phrase précisant les obligations qui s'appliqueraient également aux Etats non-européens.

En ce qui concerne les droits de l'homme, nous comprenons les trois éléments que vous souhaitez voir se concrétiser à Madrid. Nous n'avons rien par exemple contre un meilleur langage en troisième corbeille, pour autant que l'équilibre global soit maintenu. Quant au symposium sur les droits de l'homme, ce ne sera certainement pas un élément qui empêchera la conférence d'aboutir. La situation est peut-être un peu plus délicate pour les gestes collatéraux auxquels vous avez fait allusion. En effet, d'une part les pays de l'Est ne voudront certainement pas faire quelque chose s'ils ont l'impression qu'une pression est exercée sur eux, d'autre part, ils demanderont que les Occidentaux prennent également des mesures semblables, comme par exemple une libéralisation du régime des visas.

Enfin, s'agissant du follow-up, nous aimerions encore une fois souligner que la Hongrie n'est pas favorable à une rupture du processus de la CSCE. Cependant, nous devons exprimer une certaine réserve lorsque vous parlez de périodicité dans ce contexte. En effet, il faut être conscient que certains pays, s'ils devaient chaque fois être mis en accusation par d'autres, pourraient ne plus être intéressés à participer à ces réunions.

* * *

Beide Delegationschefs drücken abschliessend ihre Genugtuung aus über die gute Atmosphäre der Gespräche und den nützlichen Gedankenaustausch, der über beträchtliche Strecken eine weitgehende Uebereinstimmung der Betrachtungsweise ergab.

Beilagen

Liste des visites de personnalités
hongroises ou suisses depuis janvier 1977

a) Ministres

- 1981, 9 au 10 avril, Hongrie : visite de M. Willi Ritschard, Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des finances, sur invitation de M. Istvan Hetenyi, Ministre des finances de Hongrie.
- 1980, 2 au 5 juillet, Suisse : Visite de M. Frigyes Puja, Ministre des affaires étrangères de Hongrie, sur invitation de M. le Conseiller fédéral Pierre Aubert.
- 1980, 22 au 25 janvier, Suisse : Visite de M. Péter Veress, Ministre du commerce extérieur de Hongrie, sur invitation de M. le Conseiller fédéral Fritz Honegger.
- 1979, 10 au 12 octobre, Suisse : Visite de M. L. Faluvegi, Ministre des finances de Hongrie, sur invitation de M. le Conseiller fédéral G.-A. Chevallaz.
- 1978, 8 au 11 novembre, Hongrie : Visite de M. Pierre Aubert, Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des Affaires étrangères, sur invitation de M. Frigyes Puja, Ministre des Affaires étrangères de Hongrie.
- 1978, 11 au 14 février, Hongrie : visite privée de M. G.-A. Chevallaz, Conseiller fédéral, Chef du Département fédéral des finances.

b) Autres personnalités

- 1980, 6 au 10 octobre, Hongrie : visite de M. Jean-Claude Piot, Directeur de l'Office fédéral de l'agriculture, sur invitation de M. Istvan Török, Secrétaire d'Etat au commerce extérieur.
- 1980, 27 au 29 mai, Suisse : Visite de M. C. Urban, Ministre adjoint des transports de Hongrie.
- 1979, 3 au 5 octobre, Suisse : Visite de M. Rezső Banyasz, Chef de presse du Ministère des affaires étrangères de Hongrie.
- 1979, 27 septembre, Suisse : Visite de M. J. Petran, Chef de la division pour les questions de sécurité du Ministère des Affaires étrangères de Hongrie.
- 1978, 4 octobre, Suisse : Visite de M. E. Tasnadi, Président de l'Office hongrois des inventions.
- 1977, 22 au 26 février, Hongrie : Visite de M. A. Weitnauer, Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères, sur invitation de M. Pal Racz, Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères de Hongrie.

p.B.14.21.Ho.0 - CY

LISTE DER VERTRÄGE ZWISCHEN
DER SCHWEIZ UND UNGARN

Stand am 8. September 1931

Internationales Recht im allgemeinen

Freundschaft, Niederlassung und Aufenthalt

- Vertrag vom 7. Dezember 1875 zwischen der Schweiz und der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Regelung der Niederlassungsverhältnisse, Befreiung von Militärdienst und den Militärsteuern, gleichmässige Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen, gegenseitige unentgeltliche Verpflegung in Krankheits- und Unglücksfällen und gegenseitige kostenfreie Mitteilung von amtlichen Auszügen aus den Geburts- Trauungs- und Sterberegistern, in Kraft getreten am 20. Mai 1876 (BS 11 771 und 722)
(Laut Schreiben der Frepo vom 31.3.1961 an die Bundeskanzlei ist der Vertrag von Ungarn übernommen worden¹⁾)

- Erklärung vom 21./28. Oktober 1887 zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn betreffend die Wiederübernahme ehemaliger Staatsangehöriger, in Kraft getreten am 28. Oktober 1887
(BS 11 711 und 726)
(Laut Schreiben der Frepo vom 31.8.1961 an die Bundeskanzlei ist der Vertrag von Ungarn übernommen worden¹⁾)

1) Wir werden diese Frage bis zum nächsten Mittwoch 14. Oktober noch näher abklären und Sie entsprechend informieren.

Regelung internationaler Streitigkeiten

- Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 18. Juni 1924 zwischen der Schweiz und Ungarn, in Kraft getreten am 13. Mai 1925 (BS 11 376)

Gewerblicher Rechtsschutz

- Vertrag vom 14. Dezember 1979 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen, in Kraft getreten am 14. August 1981 (AS 1981 1028)

Verfahren und Rechtshilfe

- Notenaustausch vom 30. Oktober 1972 zwischen der Schweiz und Ungarn betreffend die Uebermittlung von gerichtlichen und aussergerichtlichen Urkunden sowie von Ersuchungsschreiben, in Kraft getreten am 30. Oktober 1972 (AS 1972 2811)

Auslieferung

- Auslieferungsvertrag vom 10. März 1896 zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn, in Kraft getreten am 28. Februar 1897 (BS 12 184) - Ausser Kraft getreten für Oesterreich am 19.8.1969 (AS 1970 340)

Wissenschaftliche Zusammenarbeit

- Vereinbarung vom 23.8./7.12.1977 über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft des Eidgenössischen Departements des Innern und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, in Kraft getreten am 7. Dezember 1977 (nicht publiziert)

Doppelbesteuerung

- Abkommen vom 9. April 1981 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, noch nicht in Kraft
- Abkommen vom 5. Oktober 1942 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern, in Kraft getreten am 3. Dezember 1948 (AS 1949 111)

Strassenverkehr

- Notenaustausch vom 10. September 1971 zwischen der Schweiz und Ungarn über die gegenseitige Anerkennung der Ausweise für die Führung von Motorfahrzeugen, in Kraft getreten am 30. September 1971 (AS 1972 767)
- Abkommen vom 16. Januar 1980 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die internationalen Beförderungen auf der Strasse, in Kraft getreten am 24. August 1980 (AS 1980 1428)

Luftfahrt

- Abkommen vom 19. Juli 1967 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik Ungarn über den regelmässigen Luftverkehr, in Kraft getreten am 19. Juli 1967 (provisorisch) und 22. Juli 1968 (endgültig) - (AS 1968 1149)

Aussenhandel

- Handelsvertrag vom 9. März 1906 zwischen der Schweiz und Cesterreich-Ungarn, in Kraft getreten am 1. August 1906 (BS 14 632) - Dieser Vertrag ist nur noch mit Ungarn anwendbar.
- Abkommen vom 30. Oktober 1973 über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik, in Kraft getreten am 1. Januar 1974 (AS 1973 2261)
- Protokoll vom 30. Oktober 1973 betreffend den Zahlungsverkehr zum Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik, in Kraft getreten am 1. Januar 1974 (AS 1973 2264)

Entschädigung schweizerischer Interessen

- Abkommen vom 19. Juli 1950 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn, in Kraft getreten am 19.7.1950 (provisorisch) und 30.1.1951 (endgültig) - (AS 1950 712)

- 5 -

- Abkommen vom 26. März 1973 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung gewisser durch das Abkommen vom 19. Juli 1950 nicht geregelter schweizerischer Interessen in Ungarn, in Kraft getreten am 6. September 1974 (AS 1974 1506)

Nicht publizierte Dokumente :

- Vertrauliches Protokoll und vertraulicher Briefwechsel vom 26. März 1973
-

Conclusion d'un accord sur l'assistance judiciaire

Par note du 19 janvier 1978, l'Ambassade de Hongrie a soumis au Département fédéral des affaires étrangères des propositions en vue de conclure un ou plusieurs accords bilatéraux destinés à régler les relations d'entraide judiciaire entre les deux pays. Les propositions hongroises, qui se réfèrent en particulier à la mise en oeuvre des recommandations de l'acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, signé à Helsinki le 1er août 1975, portent principalement sur l'extradition, l'entraide judiciaire en matière pénale, l'entraide judiciaire en matière civile, le droit applicable et la compétence des autorités en matière successorale, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière de divorces, la suppression de l'exigence de la légalisation des actes publics et l'échange de documents en matière d'état civil.

Il convient de préciser que les relations d'entraide judiciaire tant en matière pénale que civile entre la Suisse et la Hongrie se déroulent de manière satisfaisante et ne se sont pas modifiées ces dernières années.

1. Entraide judiciaire en matière civile

Les relations entre la Suisse et la Hongrie sont réglées par la convention sur la procédure civile conclue à La Haye le 1er mars 1954 et que les deux Etats ont ratifiée. Par échange de notes du 30 octobre 1972, la Suisse et la Hongrie ont convenu de se transmettre directement (c'est-à-dire de ministère de la justice à ministère de la justice, en omettant la voie diplomatique ou consulaire) les actes judiciaires et extrajudiciaires, ainsi que les commissions rogatoires en matière civile ou commerciale, prévus par la convention précitée. Il sied de relever en outre que, dans ces domaines, la Hongrie adresse à la Suisse environ 10 fois plus de demandes qu'elle n'en reçoit. La plupart de ces requêtes ont trait à des affaires de succession, de divorces et de pensions alimentaires. Leur exécution ne rencontre aucune difficulté.

Vu la pratique de la Suisse de ratifier en principe les conventions multilatérales et de ne conclure de traités bilatéraux que dans la mesure où il s'agit de compléter ces conventions si cela s'avère nécessaire, nous ne voyons pas la nécessité pour l'instant d'accéder à cette demande.

2. Extradition et entraide judiciaire en matière pénale

Ces domaines sont régis par le traité d'extradition conclu entre la Suisse et l'Autriche-Hongrie le 10 mars 1896. La validité de ce traité pour les relations entre la Suisse et la Hongrie a été constatée par échange de notes du 15 janvier 1921. L'application de ce traité n'a soulevé aucun problème jusqu'à ce jour. Il faut toutefois constater que les demandes d'entraide judiciaire en matière pénale ne sont que très rares et que les quelques requêtes échangées entre les deux pays ont, de manière générale, trait à des infractions à la loi sur la circulation routière. L'exécution de ces quelques requêtes ne s'est également heurtée à aucune difficulté.

Sur le plan de l'extradition, aucune demande n'a été formulée de part et d'autre depuis une dizaine d'années. Il convient en outre de préciser que la Suisse doit de toute façon attendre l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale pour négocier de nouveaux traités avec l'étranger et qu'il convient de s'en tenir aux priorités qui ont été fixées à cet égard. Etant donné ce qui précède nous ne voyons pas non plus ici la nécessité de conclure un nouveau traité avec la Hongrie.

- 3 -

Loi fédérale s/l'entraide judiciaire pénale:

- Adoptée le 20.3.1981 (par les 2 chambres)
- Actuellement objet d'une consultation auprès des Cantons qui devront adapter leur législation sur la procédure pénale
- N'entrera en tout cas pas en vigueur avant 1982 (plutôt dès mi-1982 ou même début 1983)

Cas humanitaires en HongrieRegroupements de familles

1. Bekö née Foris Katalin, née le 23 novembre 1937,
domiciliée à Mohacs, Terv 6

désire rejoindre son mari Bekö Sandor en Suisse.

2. Dömötör née Hamrak Zsofia Maria (Andrasne), née le 13 mai 1951,
2900 Komarom, Martirok UTJA 13/B fsz.19

aimerait rejoindre son mari Dömötör Andras, domicilié
en Suisse.

3. Vekony Tibor, né le 3 août 1933, domicilié à Budapest,
Lenhossek u.39/14 H 1096

souhaite rejoindre en Suisse son épouse Vekony Piroska.

o.411.664.s.d. - EV/jc

Berne, le 14 octobre 1981

Note au Secrétaire d'Etat

Visite à Berne
du Secrétaire d'Etat du MAE hongrois (15 - 18 octobre 1981)
Votre voyage en Bulgarie
Protocoles additionnels aux Conventions de Genève

Nous serions heureux qu'il vous soit possible d'aborder le thème des Protocoles additionnels aux Conventions de Genève lors des entretiens que vous aurez à Berne avec M. Janos Nagy, puis au Ministère bulgare des affaires étrangères.

A l'instar des cinq autres membres du Pacte de Varsovie, la Hongrie et la Bulgarie sont signataires des deux Protocoles adoptés par la CDDH, mais ne les ont pas encore ratifiés. Nous ne croyons pas vain de leur rappeler combien il importe à nos yeux que le plus grand nombre possible d'Etats acceptent d'être liés par ces instruments qui sont propres à renforcer considérablement la protection des victimes des conflits armés. Une telle démarche nous paraît d'autant plus justifiée que les deux Chambres fédérales ont approuvé les Protocoles additionnels, ce qui permettra au Conseil fédéral de les ratifier tout au début de l'an prochain, après l'expiration du délai référendaire.

/. Nous joignons à cette note un bref aide-mémoire que vous pourriez éventuellement remettre à vos interlocuteurs.

En tout état de cause, nous prendrons connaissance avec intérêt des indications que vous pourriez obtenir sur la probabilité d'une ratification des Protocoles additionnels par la Hongrie

./.

- 2 -

ou la Bulgarie, et par les Etats membres du Pacte de Varsovie en général.

Division politique III

F. Pometta

N.B. Pour mémoire, nous vous signalons que, jusqu'à ce jour, 17 Etats ont ratifié le Protocole I, relatif aux conflits armés internationaux, ou y ont adhéré (A) :

Bahamas (A), Bangladesh (A), Botswana (A), Chypre, El Salvador, Equateur, Finlande, Gabon (A), Libye (A), Jordanie, Laos, Mauritanie (A), Niger, Suède, Tunisie, Yougoslavie, et Ghana, *Vietnam*.

16 Etats (les mêmes moins Chypre) sont devenus Parties au Protocole II, relatif aux conflits armés non internationaux.

Adoptés le 8 juin 1977 par la CDDH, les deux Protocoles sont entrés en vigueur le 7 décembre 1978.

Annexes : aide-mémoire Hongrie
aide-mémoire Bulgarie

Copies avec annexes à : - Ambassade de Suisse, Budapest
- Ambassade de Suisse, Sofia
- Division politique I.

Aide-mémoire

La République populaire hongroise a signé, le 12 décembre 1977, les deux Protocoles additionnels aux Conventions de Genève, adoptés par la Conférence diplomatique sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés (1974 - 1977).

Il est souhaitable que le plus grand nombre possible d'Etats devènnent Parties à ces Protocoles additionnels et en assurent une large diffusion, car l'application de ces règles est propre à renforcer considérablement la protection des victimes des conflits armés.

o.411.664.s.d. EV/jc

Remis le